



Beschlüsse der ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)

20. bis 21. April 2018
in Berlin

Die Bundeskonferenz tagte am 20. und 21. April 2018 in Berlin zu den Anträgen für die AGS-Bundeskonferenz 2018 in Berlin. Die Beschlüsse sind diesem Beschlussbuch zu entnehmen.

Mitglieder der Antragskommission

Vorsitzender: Peter Gottschalk (Schleswig-Holstein)

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV_BZ	Vorname	Name
Bundesvorstand	Dieter	Falk
Bayern	Renate	Kürzdörfer
Thüringen	Jürgen	Mittman
Bremen	Rolf	Pahl
Nordrhein-Westfalen	Peter	Schwertfeger
Hessen-Süd	Ilja-Kristin	Seewald
Hannover	Daniel A.	Thiersch
Bundesvorstand	Ralph	Weinbrecht

Beschlusstexte

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD

Inhalt

Leitbeschluss	5
Beschluss/ L 1.....	5
Die Zukunft mutig gestalten – Der digitale Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft	5
Bildung und Digitalisierung.....	9
Beschluss / BD 1.....	9
Kultur der Selbständigkeit fördern.....	9
Beschluss /BD 2.....	10
Vorschläge zur Digitalisierung der Kommunen entwickeln.....	10
Beschluss /BD 3.....	11
Ideen für eine nachhaltige, digitale Wirtschaft.....	11
Erneuerungsprozess	11
Beschluss/EP 1.....	11
Kultur der Partei.....	11
Beschluss /EP 2.....	13
Forderungen zum organisatorischen Wandel der Partei.....	13
Beschluss /EP 3.....	13
Expertise der Arbeitsgemeinschaften in der Bundestagsfraktion stärker nutzen	13
Beschluss/ EP 4.....	14
Quotierung von ehrenamtlich tätigen als Beisitzer*innen im Parteivorstand der SPD	14
Beschluss/ EP 5.....	15
Thema Wirtschaft den anderen Themen mindestens gleichrangig behandeln	15
Beschluss/ EP 6.....	15
Anschreiben.....	15
Beschluss/ EP 7.....	15
Leitanträge sollen keine Debatten verhindern	15
Selbständigkeit	16
Beschluss/ S 1	16
Selbständigkeit und Plattformökonomie	16

Beschluss/ S 2	20
Antrag auf Schutz von Berufsbezeichnungen und Einführung von Gebührenordnungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft	20
Steuer- und Finanzpolitik.....	21
Beschluss/ SF 1	21
Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) – nicht die menschliche Arbeit	21
Beschluss/ SF 2	22
Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in der EU für den mittelständischen E-Commerce	22
Beschluss/ SF 3	23
Umsatzsteuergerechtigkeit im Online-Handel	23
Beschluss/ SF 6	24
Gerechte Nachzahlungs- und Erstattungszinsen gemäß §§ 233a, 238 AO	24
Beschluss/ SF 7	25
Praxisgerechte Anpassung des Rechtsberatungsgesetzes in Puncto sozialversicherungsrechtliche Beratung durch Steuerberater*innen	25
Beschluss/ SF 8	26
Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandsbezügen und deren steuerlichen Abzugsfähigkeit	26
Wahlrecht.....	27
Beschluss/ W 2	27
Wahlreform	27
Sonstige	28
Beschluss/ So 1.....	28
Einklang von Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgung.....	28
Beschluss/ So 2	29
Regelung Migration und Zuwanderung.....	29
Beschluss/ So 3	30
AGB-Schutz auch für KMUs einführen	30
Beschluss/ So 4.....	31
Zur Bürgerversicherung	31

Beschluss/ So 5	33
Förderung des Schienengüterverkehrs	33
Beschluss/ So 6	34
Kompatibilität von Gesetzen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).....	34
Beschluss/ So 7	35
Änderung der Anfechtungsfristen im Insolvenzrecht	35
Beschluss/ So 8.....	36
Neuregelung der Grundsteuer.....	36
Beschluss/ So 9.....	37
Rechtsstaatlichkeit muss Vorrang genießen – es gilt immer die Unschuldsvermutung – diplomatische Eskalationen vermeiden	37

Leitbeschluss

Beschluss/ L 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bundesvorstand

5 Beschluss: Annahme

Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundesparteitag, SPD-Fraktion im EU-Parlament

10 **Die Zukunft mutig gestalten – Der digitale Wandel in der Wirtschaft und Gesellschaft**

Die rasante Veränderung von Arbeit und Wirtschaft bis hin zu der Gesellschaft hat längst begonnen und es ist unsere Aufgabe als Wirtschaftsverband dies mitzugestalten. Unser Tagesgeschäft, sowie der enge Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern macht uns zu wichtigen Impulsgebern für unsere Partei.

Deutschland ist in den Bereichen der Automatisierung weltweit führend. Damit wir uns nicht von den großen Datensammlern abhängen lassen, müssen unsere Unternehmen und ihre Mitarbeiter aber auch unsere Infrastruktur ebenso wie unsere Kommunen sich endlich dem Digitalen Wandel stellen und diesen vorantreiben.

Doch nur als gemeinsames Europa haben wir die dafür nötige Wirtschaftskraft, um uns auf dem Weltmarkt zwischen den anderen Wirtschaftssystemen (Marktwirtschaft wie die USA und dem Staatskapitalismus wie in China) zu behaupten.

25 **Wirtschaft verändern**

Berufliche Aus und Weiterbildung

Durch den digitalen Wandel werden sich die Berufsbilder stark verändern. Das erworbene Wissen ist nicht mehr gefragt, eine entsprechende Qualifikation wird nicht für alle erreichbar sein. Die Wirtschaft und der Staat müssen für die erforderlichen Bildungsmöglichkeiten und Übergänge sorgen.

30

Infrastruktur und Mobilität

35 Deutschland braucht ein neues Konzept für den Personen- und Güterverkehr, um den Warenfluss zu verbessern und den Individualverkehr zu entlasten. Dafür ist eine Neuordnung des regionalen und nationalen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene erforderlich, sowie die dafür nötigen Investitionen.

Die dringend benötigte Ertüchtigung der Datennetze ist schnellst möglich auch in den ländlichen Bereichen umzusetzen.

40 Zur Finanzierung der nötigen Investitionen sollte ein Staatsfond gegründet werden, welcher den Bürgern die Möglichkeit einer Kapitalanlage mit sicherer Verzinsung und langer Laufzeit bietet. Die Einlagen sind in der Höhe zu begrenzen, um das System vor Spekulationen zu schützen. Wir brauchen ein scharfes gesetzliches Instrument, um unfairen Wettbewerb und Technologieabfluss entgegenzutreten zu können.

45 Wir erwarten bei der Förderung von Individualverkehr eine Gleichbehandlung aller innovativen Antriebskonzepte (Elektro, Wasserstoff, Gas,...)

Energie und Umwelt

50 Die klimatischen Veränderungen, neue Anforderungen an Mobilität und die weltweite Vernetzung stellen hohe Anforderungen an die Wirtschaft. Gerade kleinste und mittlere Unternehmen sind besonders davon betroffen, wenn sich die Bedingungen ändern. Erneuerbare Energien, E-Mobilität und neue Techniken bieten aber die Chance, Deutschland mit seinem starken Mittelstand wieder zum Marktführer in einer innovativen Zeit zu machen. Hierbei ist es wichtig, dass kleine Unternehmen nicht über Gebühr belastet werden. In Europa müssen Entscheidungen besser auf ihre Auswirkungen auf kleine Unternehmen geprüft werden. Geplante Einschränkungen wie Fahrverbote, die durch den Diesel-Skandal verursacht wurden, sind von ebenen Verursachern zu zahlen. Aktive Luftreinhaltekonzepte sind Aufgabe der Gemeinden und Kommunen. Handwerker und kleine Unternehmer dürfen durch neue Umweltzonen nicht vom Markt gedrängt werden.

60 Wir brauchen zudem eine neue ideologiebefreite Innovationskultur, in denen die Chancen der erneuerbaren Energien nicht durch bürokratische Hürden vernichtet werden. Die Stärke unseres Mittelstands muss gefördert werden, in dem die Regierung mutige und innovative Konzepte fördert und mit klaren und langfristigen Subventionsstrategien erneuerbare Energien und den Umstieg auf die E-Mobilität fördert.

65

Wir fordern:

- aktiven Bürokratieabbau in Europa

- 70
- klare Förderstrategien für erneuerbare Energien und E-Mobilität
 - Entlastung von Handwerk und Mittelstand durch Schadensersatz, bei den durch die Industrie verursachten Folgen des Dieselskandals durch die Verursacher.
 - Förderung neuer Technologien, damit Deutschland Marktführer werden kann.

75 Europa

Deutschland ist das wirtschaftliche Herz Europas. So wie ein Herz für den Blutkreislauf arbeitet, versorgt der Körper das Herz.

Unsere Volkswirtschaft ist genauso abhängig von unseren Europäischen Nachbarn, wie die von uns. Diese Tatsache wird nur von unbelehrbaren Nationalisten ernsthaft in Frage gestellt.

80 Überall wo diese Wirtschaftsgemeinschaft in Frage gestellt wird, führt das unausweichlich zum Niedergang, wie z.B. die absehbaren Folgen des „Brexit“ offenbaren.

Wenn wir die Notwendigkeit dieser Zweckgemeinschaft bejahen, müssen wir dieses Europa weiterentwickeln. Wir wollen uns hier bewusst auf notwendige Verbesserungen innerhalb der Wirtschaftszone Europa beschränken. Besonders für Klein- und mittelständische Unternehmen

85 gibt es viele Hemmnisse bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten, die vorrangig und dringend beseitigt werden müssen.

Ursache für Hemmnisse ist oft die nationale Bürokratie im Nachbarland. Große Unternehmen haben Ressourcen, um damit gut umgehen zu können, kleineren Unternehmen fehlt diese Voraussetzung für die ungehinderte Teilnahme am wirtschaftlichen Wettbewerb.

90

Hemmnisse bestehen im Warenverkehr, stärker noch aber im Dienstleistungsaustausch.

Die IHKen und die Auslandshandelskammern haben eine EU-weite Umfrage zu „Hindernisse im EU-Dienstleistungsbinnenmarkt“ gestartet, in der als Ergebnis über 50 Beispiele für Hindernisse im Dienstleistungsbinnenmarkt aus 15 Mitgliedstaaten zusammengetragen worden sind. Demnach werden die Hindernisse eher mehr und

95

einige Schwierigkeiten bei grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung haben sich deutlich verschärft.

100 Beklagt werden:

- steigende bürokratische Belastungen in Bezug auf die Arbeitnehmerentsendung,
- wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Einordnung von Arbeitnehmern in ausländische Tarifverträge sowie bei der Bestimmung der Mindestlöhne.
- Elektronische Behördenkommunikation funktioniert in einigen Staaten oft nicht reibungslos und schließt ausländische Unternehmen zum Teil sogar ganz aus.

105

Bei der Entsendung von Mitarbeitern müssen insbesondere in Belgien, Luxemburg, Dänemark, Frankreich und Österreich unterschiedliche Bestimmungen und Meldeverfahren von deutschen Unternehmen beachtet werden. Der hohe Aufwand bei der Erfüllung der Vorschriften und Pflichten steht oft nicht mehr im Verhältnis zu den Vorteilen der Entsendung.

110

- Wir fordern EU-weite einheitliche Handhabung von bestehenden und neuen Regeln zur Vereinfachung der Arbeitnehmerentsendung.
- Wir fordern, dass die Informationen über Länderverfahren und -vorschriften zumindest auf Englisch zur Verfügung gestellt werden.

115

- Wir fordern die EU- weite Umsetzung der Einrichtung von einheitlichen, mehrsprachlichen Ansprechpartnern, die insbesondere kleine Unternehmen bei der Erfüllung von Anzeige-, Registrierungs- und Genehmigungspflichten helfen. Eine elektronische Verfahrensabwicklung muss Standard werden.

Europäisch denken und handeln heißt: Erfolg haben!

Bildung und Digitalisierung

Beschluss / BD 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

- 5 Beschluss: Annahme
Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand

Kultur der Selbständigkeit fördern

- 10 Als wirtschaftliche Kompetenz in der SPD steht die AGS für eine Kultur der Selbständigkeit in Deutschland. Selbständigkeit ist eine Haltung und bedeutet neben großer persönlicher Freiheit und der Verwirklichung von eigenen Ideen auch Übernahme von Verantwortung. Die AGS setzt sich dafür ein, dass die Kultur der Selbständigkeit an den Schulen und Hochschulen in Deutschland noch intensiver als bisher vermittelt wird,
15 denn die Zahl der zukünftigen Selbständigen hängt auch von der Qualität einer frühzeitig geförderten Gründermentalität ab.

- Dazu wird der AGS-Bundesvorstand beauftragt, entsprechende Gespräche zu führen mit dem Parteivorstand, den Vertretern der Kultusministerkonferenz und den relevanten Bundesministerien.
20

- Kultur der Selbständigkeit bedeutet auch fördernde und aktivierende Gründungspolitik. Für alle Gründer im Land will die AGS politische Heimat sein. Deshalb wird der AGS-Bundesvorstand beauftragt, den regelmäßigen Austausch mit den Handwerkskammern, dem DIHK und den Gewerkschaften auszubauen.
25

- Kultur der Selbständigkeit transportieren: Für die Zukunft gilt es, die Nachrichten und Informationen über die AGS und ihre Aktivitäten noch intensiver und umfangreicher zu verbreiten sowie digitale Projekte zu entwickeln, in die sich jeder interessierte Selbständige und an Selbständigkeit Interessierte aktiv einbringen können. Der AGS-Bundesvorstand wird beauftragt, dazu ein entsprechendes Konzept in den nächsten 12 Monaten zu erarbeiten und den Landesverbänden zu schicken.
30

Beschluss /BD 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Empfänger*innen: Arbeitskreis Digitales

Vorschläge zur Digitalisierung der Kommunen entwickeln

- 10 Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass Bundesländer und Kommunen bei der Digitalisierung stärker vom Bund unterstützt werden. Ein Ziel muss sein, Online- Plattformen zu schaffen, über die Bürger*innen, insbesondere aber Handel, Handwerk und Gewerbe zeitsparend mit der Verwaltung kommunizieren können.
- 15 Der Gesetzgeber bürdet der Wirtschaft immer mehr Dokumentationspflichten auf. Um die möglichst mit minimiertem Aufwand erfüllen zu können, müssen notwendige Arbeitsabläufe minimiert werden. Eine Online- Plattform zur Kommunikation und zum Abruf von Dienstleistungen ist dabei hilfreich.
- 20 Die Städte und Kommunen sind mit der Aufgabe einer weitgehenden Digitalisierung finanziell überfordert und brauchen finanzielle und sachkundige Hilfe.
- 25 Sinnvoll ist die Einführung eines Standards, damit eine in möglichst vielen Kommunen einheitliche Nutzung gewährleistet wird. Durch solche Maßnahmen würde zudem das Personal der Verwaltungen mittelfristig entlastet.

Beschluss /BD 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Thüringen

30 Beschluss: Überweisung an den AGS-Bundesvorstand

Ideen für eine nachhaltige, digitale Wirtschaft

Erneuerungsprozess

35 **Beschluss/EP 1**

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Beschluss: Annahme

Empfänger*innen: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern)

40 **Kultur der Partei**

Wir laden den Parteivorstand ein, eine Initiative zu gestalten für eine veränderte Kultur des Miteinanders, eine Kultur des Feedbacks zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, eine Kultur des Willkommens für neue Mitglieder, für eine Sprache der gegenseitigen Wertschätzung, auch in der Debatte mit unterschiedlichen Standpunkten. Eine Initiative, die auch ein Controlling beinhaltet, inwieweit die Grundwerte der Partei noch mit den gelebten übereinstimmen, inwieweit die parteiinterne Kommunikation mit der äußeren noch deckungsgleich ist.

Wir fordern den Parteivorstand auf, künftig für eine ausgewogene Repräsentation aller Gesellschafts-, Alters- und Berufsgruppen in den Funktionen der Partei und bei der Besetzung von Mandaten zu sorgen. Die AGS wird auf allen Ebenen geeignete Vorschläge unterbreiten, um die Berücksichtigung von Selbständigen zu gewährleisten. Lebenslange Dauermandate als Abgeordnete soll es nicht mehr geben.

Die Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitskreise bieten einen idealen Einstieg für neue Mitglieder und an einer Mitarbeit Interessierte in die politische Arbeit. Hier kann sich jeder thematisch einbringen. Sie sind ein wichtiges, verstärkt zu förderndes Zielgruppeninstrument für die Erreichung neuer und alter Wählerzielgruppen. Die AGS sieht die Einführung von neuen Organisati-

onsformen, wie die Errichtung von Onlineforen sehr kritisch und befürwortet nur neue Strukturen, die nicht in einer Konkurrenz zu den bereits vorhandenen Arbeitsgemeinschaften und Foren stehen.

- 60 Wir wünschen uns eine Aufwertung der Arbeitsgemeinschaften durch den Parteivorstand und fordern den AGS Bundesvorstand auf, in Zusammenarbeit mit allen anderen Arbeitsgemeinschaften und Foren, sich dafür einzusetzen, dass alle Arbeitsgemeinschaften und Foren in Zukunft eigenen Delegierte*innen zum Bundesparteitag und zum Parteikonvent wählen dürfen. Die Regelungen der Landesorganisation Bremen halten wir für vorbildlich, da alle Arbeits-
- 65 gemeinschaften und Foren mindestens 1 Delegiertenmandat zum Landesparteitag haben. Darüber hinaus setzen wir uns ein, die Konferenz aller Arbeitsgemeinschaften als Denkfabrik für die erfolgreiche Parteiarbeit zu nutzen.

Beschluss /EP 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Rheinland-Pfalz

Beschluss: Annahme

5 Empfänger*innen: SPD-Parteivorstand

Forderungen zum organisatorischen Wandel der Partei

Beschluss /EP 3

10 Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

Empfänger*innen: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Bundestagsfraktion

15 **Expertise der Arbeitsgemeinschaften in der Bundestagsfraktion
stärker nutzen**

Die SPD-Fraktion im Bundestag möge die Expertise und das Fachwissen der Arbeitsgemeinschaften stärker und systematischer als bisher nutzen.

Beschluss/ EP 4

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Partei Vorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Bundesparteitag

Quotierung von ehrenamtlich tätigen als Beisitzer*innen im Parteivorstand der SPD

- 10 Für die Beisitzer*innen des Vorstands der SPD ist eine Quotierung von 25% für ausschließlich ehrenamtlich tätige Parteimitglieder festzuschreiben.

Beschluss/ EP 5

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (AG SPD-Erneuern), SPD-Landtagsfraktionen

Thema Wirtschaft den anderen Themen mindestens gleichrangig behandeln

Beschluss/ EP 6

- 10 Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

Beschluss: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (Arbeitsgruppe SPD-Erneuern)

- 15 **Anschreiben**

Beschluss/ EP 7

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Schleswig-Holstein

- 20 Beschluss: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand (Arbeitsgruppe SPD-Erneuern)

Leitanträge sollen keine Debatten verhindern

25 **Selbständigkeit**

Beschluss/ S 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

30 Beschluss: Annahme

Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand und Bundestagsfraktion

Selbständigkeit und Plattformökonomie

35 Einführung

Seit einiger Zeit diskutiert die Politik unter den Stichworten „Arbeit 4.0“ und „Industrie 4.0“ die neue bei der Automatisierung eingetretene Qualität und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Was wir derzeit erleben ist jedoch sehr viel mehr, als lediglich eine Verschärfung der seit den 1980er Jahren erfolgten Automatisierung und Maschinisierung der Arbeit. Insbesondere der Aufstieg der Plattformen führt dazu, dass sich das Wirtschaftsgefüge und die Rahmenbedingungen, in denen abhängige oder Selbständige Arbeit erbracht werden, grundlegend wandeln. Neue Arbeit ist mehr als alte Arbeit mit Breitbandanschluss!

45 Kapital verliert an Bedeutung

Unter dem beschönigenden Ausdruck der „share economy“ wird ein Prozess beschrieben, in dem Unternehmen nicht mehr selbst Kapital einsammeln und davon Betriebsmittel anschaffen, sondern bei Bedarf die Betriebsmittel von Dritten und von Privaten einsetzen.

50

So bietet die Firma Uber in vielen Märkten mehr Fahrzeugkilometer an, als dies ein großer Autovermieter tut. Während große Autovermieter Millionenbeträge für Fahrzeuge investieren müssen, hat Uber kein einziges. Uber „organisiert“ den Einsatz der Fahrzeuge der Selbständigen Fahrer.

55 Die Plattform „AirBnB“ bietet mehr Gastbetten an, als dies große Hotelketten tun. Während Hotelketten für viele Millionen Gebäude und Einrichtung anschaffen müssen, nennt AirBnB kein einziges Zimmer und kein einziges Bett sein Eigen. AirBnB „organisiert“ die von den „privaten“ Anbietern eingestellten Immobilien.

Trend von der Anstellung zur Soloselbständigkeit

60 Dies betrifft nicht nur die Sachwerte, sondern insbesondere auch den Personaleinsatz. Während bspw. Hotelketten oder Taxiunternehmen über ein großes Heer an Personal verfügen müssen, erbringt Uber seine Mobilitätsdienstleistungen über die auf der Plattform organisierten Selbständigen.

65 Durch die immer zahlreicher werdenden Plattformen für die Leistungen von Freiberuflern, insbesondere im Bereich Grafikdesign, Webdesign, Bildbearbeitung, Übersetzungen, Textarbeit bis hin zu Ingenieurs- und Architektenleistungen ist, auf der einen Seite für kleine Selbständige ein nie da gewesener Marktzugang möglich geworden. Dieser Marktzugang funktioniert zudem überall, wo Internetanschluss besteht: Man muss sich nicht mehr in der Nähe von Kunden oder in den für eine Dienstleistung bekannten
70 Städten aufhalten. Grafikdesign oder Übersetzerleistungen lassen sich beispielsweise mittlerweile genauso gut mit dem Laptop am Strand von Bali erbringen, wie in einem Büro in der „Medienstadt“ München.

75 Die Kehrseite dieser vermeintlich freiheitlichen Verteilung der Arbeit ist, dass klassische Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden. Da sich eine Werbeagentur jederzeit und schnell freiberufliche Zuarbeiter „einkaufen“ kann, bedarf es keines so großen Stammes an festem Personal mehr. In der Tendenz wird diese disruptive (also reguläre Arbeitsplätze vernichtende) Funktion der Plattformökonomie noch deutlich zunehmen. Unter dem Strich wird viel Arbeit, die früher von Angestellten erbracht wurde, in den
80 Bereich der SoloSelbständigkeit verlagert. Es entsteht somit eine sehr große Zahl von wirtschaftlich Schwachen und verhältnismäßig machtlosen Selbständigen.

Verlagerung der Macht im Dreieck Kunde-Plattform-Anbieter

85 Früher galt die Faustformel „wer bezahlt hat die Macht“. Das waren die Arbeitgeber bzw. Auftraggeber. Daher hat die Politik insbesondere auf Druck der Arbeitnehmerbewegung Regeln erlassen, um die Übermacht von Arbeitgebern zu beschränken und im Bereich der Selbständigkeit die Position der Auftragnehmer gegenüber den Auftraggebern gestärkt haben.

90 In der Plattformökonomie liegt die Macht aber nicht bei demjenigen, der eine Fahrt bei Uber bucht oder über eine Dienstleistungsplattform eine Dienstleistung anfragt. Die

95 Entscheidung darüber, wer und zu welchen Konditionen Aufträge erhält oder nicht erhält, liegt letztendlich bei den Plattformen als Makler. Sie sind in der Lage, vollkommen einseitig die Regeln des Marktes festzuschreiben und zu verändern und insbesondere auch über die Gewinnmargen der Beteiligten zu entscheiden. Je erfolgreicher die Plattformökonomie in einzelnen Bereichen geworden ist, desto größer sind die Margen der Plattformen und desto geringer die Erlöse der SoloSelbständigen geworden. Diese Machtasymmetrie ist nicht länger hinnehmbar. Hier muss die Politik handeln!

100 Wir stehen noch recht am Beginn der Debatte, so dass der genaue Lösungsweg sich erst im Rahmen der fachlichen und politischen Diskussion zeigen wird. Aus unserer Sicht sind die wichtigsten Regelungspunkte:

- Schutz vor willkürlichem Entzug des Marktzugangs,
- Schutz vor willkürlicher Änderung der Verhaltensregeln am Markt,
- 105 • Schutz vor willkürlicher Veränderung der Margen zu Lasten des Dienstleistungsanbieters,
- Transparenz des Marktes und seiner Regeln,
- Schutz einer Grundauskömmlichkeit der Tätigkeit als SoloSelbständiger / Verhinderung von Dumpingpreisen.

110 Lösungsansätze können sich aus folgenden Gedanken ergeben:

- Ein Teil dieser Anforderungen kann über die Erstreckung des Rechtes der allgemeinen Geschäftsbedingungen auch auf Solo-Selbständige erreicht werden.
- Eine Garantie des Bestandes und der wesentlichen Vertragsbedingungen vor grundloser Veränderung sind beispielsweise im Wohnraummietrecht und im Arbeitsrecht bekannt, so dass sich parallele Regelungen finden lassen könnten.
- 115 • Zum Schutz einer gewissen Grundvergütung für die Leistungen könnte den Plattformen untersagt werden, Verträge zu Preisen zu vermitteln, bei denen offenkundig ist, dass der Leistungserbringer nicht einmal einen gewissen Mindestsatz (hier wäre an den gesetzlichen Mindestlohn zuzüglich der Bruttoarbeitgeberkosten und eines gewissen Investitionsaufschlages zu denken).
- 120

Wir fordern die SPD auf, die Diskussion aktiv zu führen und das Verhältnis zwischen den Plattformen und den Soloselbständigen zu regeln, um diesen einen Mindestschutz zu bieten.

Beschluss/ S 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: AGS-Bundesvorstand

Antrag auf Schutz von Berufsbezeichnungen und Einführung von Gebührenordnungen in der Kultur- und Kreativwirtschaft

- 10 Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD fordert den Schutz von Berufsbezeichnungen bei qualifizierter Ausbildung und die Einführungen von

Gebührenordnungen – soweit noch nicht vorhanden - für Berufe in der Kultur- und

Kreativwirtschaft.

Steuer- und Finanzpolitik

Beschluss/ SF 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bezirk Hessen-Süd

5 Beschluss: Annahme

Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Besteuert Daten und künstliche Intelligenz (AI) – nicht die menschliche Arbeit

10 Das deutsche Steuerrecht muss auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Künftig sollen auch und vor allem die Wertschöpfungsquellen der digitalen Wirtschaft die Basis für die Besteuerung werden, anstatt weiter vor allem auf das Arbeitseinkommen abzuheben und Unternehmensgewinne (insb. der transnationalen Konzerne sowie Börsenumsätze) eher zurückhaltend zu besteuern.

15

Um sicherzustellen, dass diese Steuern auch tatsächlich entrichtet werden, müssen wir eine einheitliche Steuerpolitik (Steuerkorridore) auf europäischer Ebene anstreben, die die vorhandenen Steuerschlupflöcher stopft. Ist dies nicht möglich, ist eine praktikable Lösung auf nationaler Ebene zu finden.

Beschluss/ SF 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS Bezirk Hessen-Süd

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im EU-Parlament

Erleichterungen im Umsatzsteuerrecht bei Schwellenwertüberschreitungen in der EU für den mittelständischen E-Commerce

- 10 Die SPD möge darauf hinwirken, dass für den E-Commerce eine Erleichterung hinsichtlich der Handhabbarkeit bei Schwellenwertüberschreitungen im Umsatzsteuerrecht verankert wird.

In diesem Zusammenhang möge geprüft werden,

- 15 - ob z.B. eine Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Schwellenwerte sinnvoll sein kann,
- oder auf nationaler oder EU-Ebene eine zentrale Stelle geschaffen werden kann, die die Umsatzsteuermeldungen und – zahlungen aus grenzüberschreitenden Umsätzen bündelt,
- 20 - oder eine sonstige handhabbare Möglichkeit zum Schutz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) zu installieren ist.

Beschluss/ SF 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Umsatzsteuergerechtigkeit im Online-Handel

- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion möge ein Gesetzgebungsverfahren in Gang setzen, dass das Abführen von Steuern und Abgaben beim Verkauf von Waren Dienstleistungen und immateriellen Wirtschaftsgütern an Endverbraucher über Online-Plattformen (z.B. Amazon, Ali Baba und Ebay) an Kunden in der Bundesrepublik Deutschland sichert.

- 15 Um eine Überprüfung der Steuerfälle zu ermöglichen, werden die Betreiber der Online-Plattformen verpflichtet, die Zahlungspflichtigen und die auf diese entfallenden Umsatzsteueranteile gegenüber den zuständigen Finanzämtern anzuzeigen. Die Vertriebs- und Verteilungsplattformen haften nachrangig für nicht angemeldete bzw. nicht gezahlte Steuern und Abgaben.

Beschluss/ SF 6

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Gerechte Nachzahlungs- und Erstattungszinsen gemäß §§ 233a, 238 AO

- 10 Die SPD fordert den Gesetzgeber auf den ursprünglichen Zustand der bei der Einführung der Nachzahlungszinsen in Gestalt der Abzugsfähigkeit als Betriebsausgaben wiederherzustellen und einen sich an der Realität orientierenden Zinssatz einzuführen.

Beschluss/ SF 7

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Praxisgerechte Anpassung des Rechtsberatungsgesetzes in Puncto sozialversicherungsrechtliche Beratung durch Steuerberater*innen

- 10 Der Landesparteitag der SPD Bayern schlägt vor, dass der Gesetzgeber zu den sozialversicherungsrechtlichen Kompetenzen der Steuerberater im Gesetz Stellung nimmt und das Gesetz an die Erfordernisse der Praxis anpasst sowie den Vorschlag des Deutschen Steuerberaterverbandes unterstützt.

Beschluss/ SF 8

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Gesetz zur Angemessenheit von Vorstandsbezügen und deren steuerlichen Abzugsfähigkeit

- 10 Die AGS schlägt dem Bundesparteitag vor, den Gesetzesentwurf der SPD Fraktion zur Angemessenheit von Vorstandsbezügen und zur Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit im vollem Umfang zu unterstützen.

Wahlrecht

Beschluss/ W 2

- Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
5 AGS LV Baden-Württemberg

Beschluss: Annahme

Weiterleitung: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

Wahlreform

- 10 Die SPD Bundestagsfraktion möge sich für eine Wahlrechtsreform einsetzen damit zukünftige der Bundestag die Zahl der Abgeordneten von 598 nicht wesentlich überschreitet.
- 15 Der jetzige Bundestag besteht aus 703 Abgeordneten. Diese hohe Anzahl an Übergangsmandate und Ausgleichsmandaten muss in Zukunft vermieden werden.
- Die Aufblähung des Bundestages verursacht enorme Kosten für den Steuerzahler.

Sonstige

Beschluss/ So 1

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

5 Beschluss: Annahme

Weiterleitung: AK Energie und Umwelt

Einklang von Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Energieversorgung

10 Die SPD soll Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und bezahlbare Energieversorgung als gleichrangige Ziele definieren und gesetzliche Rahmenbedingungen zur Durchsetzung dieser Vereinbarkeit entwickeln.

Beschluss/ So 2

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Weiterleitung: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Regelung Migration und Zuwanderung

- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, ein Gesetzgebungsverfahren für eine geregelte Immigration nach Deutschland (Einwanderungsgesetz) in Gang zu bringen.

Beschluss/ So 3

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Bayern

Beschluss: Annahme

5 Weiterleitung: AK Finanzen

AGB-Schutz auch für KMUs einführen

- 10 1. Auch gegenüber Kleinunternehmern verwendete Verträge sollen, auch am Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen zu messen sein.
2. Hierzu sollen vorläufig die allgemeinen Klauselverbote aus den §§ 308 und 309 BGB anwendbar sein, mittelfristig entsprechende besondere Klauseln für den unternehmerischen Verkehr ins Gesetz eingefügt werden.

Beschluss/ So 4

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Beschluss: Annahme

5 Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Zur Bürgerversicherung

10 Die AGS Bundeskonferenz fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, weiter an der Einführung einer Bürgerversicherung festzuhalten und alles in dieser Legislatur Periode zu unternehmen, dass dieses zentrale Wahlkampfthema umgesetzt wird und der Einstieg in eine Bürgerversicherung gelingt:

Unser klares Ziel:

15 Gerechte Verteilung der Kosten des Gesundheitssystems auf alle Beitragszahler und Leistungsempfänger bei Leistungserbringung ohne Ansehen der Person steigende Belastung der Arbeitskosten.

Dafür ist nach Meinung der AGS notwendig:

1. Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze, damit auch hohe Einkommen proportional zu den Kosten des Gesundheitssystems beitragen
- 20 2. Heranziehung aller Einkunftsarten (also z.B. auch Vermietung und Verpachtung, Kapitalerträge)
3. einfache Umsetzung des 2. Punktes durch die Berechnung und Einzug der Beiträge aus diesen Einkunftsarten über die Finanzverwaltung.
- 25 4. Unserem Koalitionspartner muss klargemacht werden, dass es bei diesem Anliegen nicht um die Einführung einer Einheitskasse geht, wie dies immer in der öffentlichen Debatte dargestellt wird. Die SPD fordert nicht die Abschaffung der Privaten Krankenkassen!!

Situation:

30 Im Wahlprogramm stand ein eindeutiges Bekenntnis zur Einführung einer Bürgerversicherung im Bereich der Krankenversicherung. Im Sondierungspapier konnte die SPD diese Forderungen nicht durchsetzen, nun soll in den Koalitionsverhandlungen versucht werden, diesem Ziel wenigstens einen Schritt näher zu kommen.

Wir als AGS vermissen aber schon im Wahlprogramm den Ansatz, die Beitragsbasis zu verbreitern. Wenn man, wie im Wahlprogramm beschrieben lediglich Beamte und Selbständige in die Versicherung aufnimmt, vergrößert man nicht nur die Zahl der Beitragszahler, sondern auch die der Leistungsempfänger. Unser gesamtes Sozialversicherungssystem stammt vom Grundsatz und damit von seiner Finanzierung her aus einer Zeit, in der Einkommen für Versicherungsnehmer fast ausschließlich aus Lohn für abhängige Beschäftigung stammten. Das hat sich geändert. Inzwischen ist auch in der Mittelschicht ein merklicher Teil des Einkommens aus Kapitalerträgen und Vermietung und Verpachtung zu verzeichnen.

Beschluss/ So 5

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Beschluss: Annahme

- 5 Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Förderung des Schienengüterverkehrs

- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das heute vorhandene Schienennetz dahingehend zu überprüfen, wie nicht oder nur teilweise genutzte Strecken für einen effizienten Güterverkehr reaktiviert werden können.

Beschluss/ So 6

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Baden-Württemberg

Beschluss: Annahme

- 5 Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Kompatibilität von Gesetzen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

- 10 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass bei Gesetzesvorhaben, die unmittelbare Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen haben, diese durch die Gesetzesvorhaben keine Nachteile gegenüber Großunternehmen in Kauf nehmen müssen.

Beschluss/ So 7

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Berlin

5 Beschluss: Annahme

Empfänger*innen: AsJ, AGS-Bundesvorstand

Änderung der Anfechtungsfristen im Insolvenzrecht

10 Die Mitglieder der SPD-Bundestagfraktion sowie das BMJ werden aufgefordert, durch eine Gesetzgebungsinitiative das Insolvenzanfechtungsrecht wie folgt zu ändern:

15 Es soll eine Anfechtbarkeit aller Sicherungen und Befriedungen, die im letzten Monat vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag vorgenommen wurden, ohne jede weitere Voraussetzung an die Stelle der bislang in §130 und §131 InsO geregelten Anfechtung unter einschränkenden Bedingungen innerhalb des kritischen Zeitraumes von bis zu drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung treten. Nur für nahestehende Personen (§138 InsO) soll die Frist ohne weitere Voraussetzungen weiter drei Monate betragen. Die Bar-

20 geschäftsausnahme nach §142 InsO soll allerdings auch für diese Anfechtungsmöglichkeit gelten. Soweit eine Anfechtbarkeit außerhalb von §§ 130, 131 InsO möglich ist, soll es dabei grundsätzlich verbleiben, so etwa bei Fällen vorsätzlicher Benachteiligung, wie sie jetzt von §133 InsO erfasst sind und für unentgeltliche Leistungen im Sinne von §134 InsO.

Beschluss/ So 8

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Neuregelung der Grundsteuer

- 10 Bei einer Neuregelung der Grundsteuer sind einseitige Belastungen der privaten Immobilienbesitzer mit kleinem Immobilienbestand, die diesen zur Alterssicherung erworben haben, zu vermeiden. Die Neuregelung darf auch nicht, über Mietpreissteigerungen, zur Verdrängung von Mietern aus ihren angestammten Wohnquartieren führen.

Beschluss/ So 9

Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD
AGS LV Nordrhein-Westfalen

Beschluss: Annahme

- 5 Empfänger*innen: SPD-Bundestagsfraktion

Rechtsstaatlichkeit muss Vorrang genießen – es gilt immer die Unschuldsvermutung – diplomatische Eskalationen vermeiden

- 10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Rechtsstaatlichkeit in außenpolitischen Beziehungen zu wahren. Auch gegenüber Russland gilt die Unschuldsvermutung. Eine weitere Eskalation muss vermieden werden.